

Antragsteller/in:

Name, Vorname

Unternehmensnummer

Straße, Nr.

Telefon / FAX

PLZ, Wohnort

E-Mail

Kreisverwaltung Vulkaneifel
Abt. 8 – Landwirtschaft
Mainzer Straße 25
54550 Daun

Antrag auf Aufhebung der Bestimmung von Dauergrünland im FFH-Gebiet als umweltsensibel gemäß § 12 Abs. 6 des GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) und § 26 f. der GAP-Konditionalitäten-Verordnung (GAPKondV) für das Antragsjahr 20__

Ich beabsichtige, die Nutzung der nachstehend genannten Fläche/n, die als umweltsensibles Dauergrünland nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des GAPKondG nicht gepflügt oder umgewandelt werden darf/dürfen, so zu ändern, dass sie keine landwirtschaftliche Fläche/n im Sinne des § 4 Abs. 1 der GAP-Direktzahlungen-Verordnung (GAPDZV) mehr ist/sind:

Lfd.Nr	Gemarkung	Flur	Flurstücks-Nr.	Flurstücksgröße (m ²)	Umwandlungsfläche (m ²)	Neue nichtlandwirtschaftliche Nutzung
	Gesamtfläche:					

Den Antrag auf Aufhebung der Bestimmung dieser Fläche/n als umweltsensibel stelle ich aufgrund

- der Durchführung eines nach anderen Rechtsvorschriften genehmigungspflichtigen Vorhabens, dessen erforderliche Genehmigung (Baugenehmigung) mir erteilt wurde.

- der Durchführung eines nach Bauordnungsrecht anzeige- oder sonst mitteilungspflichtigen Vorhabens. Die erforderliche Anzeige/Mitteilung wurde von mir erbracht und mit der Ausführung darf begonnen werden.

- der Durchführung eines nach § 34 Absatz 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) anzeigepflichtigen Projekts. Die Anzeige des Projekts hat innerhalb der nach § 34 Abs. 6 S. 3 BNatSchG einzuhaltenden Frist weder zu einer behördlichen Untersagung des Projekts, noch zu einer Beschränkung, die die beabsichtigte Nutzung ausschließt, geführt.

- der Durchführung eines anderen Projektes/Vorhabens, dem keine Rechtsvorschriften, insbesondere die §§ 33 und 34 des Bundesnaturschutzgesetzes, oder Verpflichtungen gegenüber öffentlichen Stellen entgegenstehen und das mit den für das oben genannte Gebiet festgelegten naturschutzrechtlichen Erhaltungszielen vereinbar ist.

Zusatz

Antrag auf Umwandlung von Dauergrünland gemäß § 5 Abs. 1 GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) für das Antragsjahr 20__

Ich beantrage für die unten aufgeführte/n Fläche/n eine Genehmigung zur Umwandlung von Dauergrünland. Die umzuwandelnde(n) Fläche(n) sind dem Agrarförderantrag 20__ entnommen.

1. Flächen, für die der Antrag auf Umwandlung von Dauergrünland gestellt wird:

Lfd.Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Flst-Größe (m²)	Umwandlungsfläche (m²)	Künftige nichtlandw. Nutzung
Gesamtfläche:						

Verpflichtungen und Erklärungen:

Mir ist bekannt, dass

- wenn einer der Anträge - entweder der Antrag auf Aufhebung der Bestimmung von Dauergrünland als umweltsensibel gemäß § 12 Abs. 6 des GAPKondG oder der Antrag auf Umwandlung von Dauergrünland gemäß § 5 Abs. 1 GAPKondG - abgelehnt wird, der andere Antrag ebenfalls als abgelehnt anzusehen ist.
- nicht in Anspruch genommene Genehmigungen nach § 5 GAPKondG erlöschen mit Ablauf des Tages der Bekanntmachung nach § 8 Abs. 2 GAPKondG bei Abnahme des ermittelten Dauergrünlandanteils in Rheinland-Pfalz um mehr als 4 Prozent im Vergleich zu dem nach § 8 Abs. 1 GAPKondG bekannt gemachten Referenzanteil und mit Ablauf des es auf die Genehmigung folgenden Schlusstermins für den Sammelantrag nach § 6 des GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetzes.
- Im Fall, dass die Umwandlungsfläche nicht in meinem Eigentum steht, die erforderliche Zustimmung des Eigentümers der Fläche zur Umwandlung der Fläche in eine andere nichtlandwirtschaftliche Nutzung als Dauergrünland schriftlich vorzulegen ist.
- Dauergrünland (vor dem 01.01.2021 entstanden) nur mit Genehmigung umgewandelt und gepflügt werden darf.

Anlagen:

- Schlagskizze der umzuwandelnden Dauergrünlandfläche
- Zustimmungserklärung des Flächeneigentümers bei Pachtflächen zum Umwandeln von Dauergrünland in eine nichtlandwirtschaftliche Nutzung.
- Ggf. Nachweis der Genehmigung zur Durchführung eines nach anderen Rechtsvorschriften genehmigungspflichtigen Vorhabens bei Änderung einer Fläche in nicht-landwirtschaftliche Nutzung
- Ggf. Kopie der erstatteten Anzeige oder Mitteilung über die Durchführung eines nach Bauordnungsrecht oder nach anderen Vorschriften anzeige- oder mitteilungspflichtigen Vorhabens mit Angaben, wann diese gegenüber der zuständigen Stelle abgegeben worden ist, sowie der Bestätigung, dass die vom Antragsteller zu vertretenden Voraussetzungen vorliegen, damit nach Bauordnungsrecht oder nach anderen Vorschriften mit der Ausführung begonnen werden darf.
- Ggf. bei Durchführung eines nach § 34 Absatz 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) anzeigepflichtigen Projekts die Kopie der Anzeige des Projektes nach § 34 Absatz 6 Satz 3 des BNatSchG bei der zuständigen Stelle. Außerdem eine Kopie der Bestätigung, dass das Projekt innerhalb der einzuhaltenden Frist weder durch die zuständige Behörde untersagt worden ist, noch, dass diese eine Beschränkung verfügt hat, die die beabsichtigte Nutzung ausschließt, oder dass diese mitgeteilt hat, keine solche Entscheidung zu treffen.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller(in)